

## Antrag B 90

AN/0124/14

öffentlich



Bündnis 90/Die Grünen, Griesbadgasse 6, 85049 Ingolstadt

Herrn Oberbürgermeister  
Dr. Christian Lösel

Datum 18.11.2014

Telefon (0841) 91 06 12

Telefax (0841) 91 00 23

E-Mail fraktion@gruene-ingolstadt.de  
Stadtratsfraktion BÜNDNIS

Antragsteller 90/DIE GRÜNEN

### Machbarkeitsuntersuchung Stadt- und Regionalbahn

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

erstmalig nimmt die Idee eines Bahnhofs auf dem AUDI-Gelände konkrete Formen an, wesentliche Akteure unterstützen diese Weiterentwicklung. Erstmals stehen erhebliche Mittel zur Realisierung dieses Projektes auch im städtischen Haushalt. Für Ingolstadt ist das endlich die Chance, auf diesem Bahnhof aufzubauen und eine Stadt- und Regionalbahn daraus zu entwickeln. Vorschläge dazu gibt es seit gut 20 Jahren von vielen Seiten – als Stadt-Umland-Bahn, Ingo-Stadt-Bahn, Stadt- und Regionalbahn u.a. Die aktuelle Verkehrssituation, gerade in der Nord-Süd-Beziehung, im Nordwesten und rund um das AUDI-Werk sowie, pragmatisch gesehen, das absehbare Ende freier Flächen für Straßenausbau, lassen keinen Zweifel, dass eine Entlastung des Straßenverkehrs durch den Ausbau eines schienengestützten ÖPNV unumgänglich ist.

Wir stellen folgenden

#### Antrag:

1. Für die Realisierung einer Stadt- und Regionalbahn wird eine Machbarkeitsstudie beauftragt. Ziel ist die konkrete Umsetzung einer Stadtbahn und Regionalbahn, aufbauend auf dem AUDI-Bahnhof. Die verkehrswirksamen, zeitlichen, rechtlichen und finanziellen Aspekte sind darzustellen.
2. Alternativen sind ausdrücklich erwünscht und darzustellen.
3. Vorschläge aus der Bürgerschaft, der Gewerkschaft, anderer Parteien und Verbände, die in den letzten Jahren dazu gemacht wurden, sind einzubeziehen und zu prüfen.
4. Konkrete zusätzliche Bahnhöfe, zunächst an den bestehenden Strecken, sind mit zu untersuchen etwa am Gießereigelände, P&R-Haltestellen u.a. bei Unsernherrn und Baar-Ebenhausen sowie die Möglichkeit eines (Wieder-)Anschlusses des ehemaligen Bayernoil-Geländes mit der Schiene.

## **Begründung:**

Die erste städtische Untersuchung zu einer Stadtbahn wurde vor etwa 14 Jahren gemacht, da es sowohl von verkehrspolitischer Seite, aber auch von der regionalen Gewerkschaft die Forderung gab, insbesondere den Berufsverkehr schneller und mit nachhaltigen Verkehrsmitteln zu gestalten. Die Wirtschaftlichkeitsrechnungen des geprüften Projektes, doch vor allem die notwendige Umsetzung eines Bahnhaltes auf dem AUDI-Werksgelände waren wesentliche Hindernisse dabei, die Planung weiter zu verfolgen. Inzwischen geht es längst nicht mehr nur um die Wahlfreiheit des, auch ökologisch, besten Verkehrsmittels. Die Erreichbarkeit des größten Arbeitgebers ist nicht mehr im notwendigen und wünschenswerten Maß gegeben.

Mit der Öffnung des Werksgeländes für einen Bahnhof wurden nun Voraussetzungen geschaffen, den Verkehr sinnvoll neu zu gestalten. Es ergeben sich mittelfristig zusätzliche positive Effekte mit weiteren Bahnhalten an den bestehenden Strecken (Gießereigelände). Zudem zeigen sich Entwicklungsperspektiven mit Streckenergänzungen z.B. Anschluss in die Region nördlich von Ingolstadt. Solche Optionen sollen mitgedacht werden. Ebenso sind die notwendigen Schnittstellen zu anderen Modulen der individuellen Mobilität mit zu untersuchen (P & R, Bahn & Rad).

Ziel der Machbarkeitsuntersuchung soll auch sein, die Schnittstellen mit Landes- und Bundesebene und den beteiligten Akteuren aufzuzeigen, die zur Umsetzung kooperativ zusammenarbeiten müssen, und mögliche Streckenüberlegungen auch für die Bürgerschaft, Verbände und Gewerkschaft nachvollziehbar zu machen. Die größtmögliche Informationstransparenz und eine geeignete Form der Bürgerbeteiligung müssen bei diesem zentralen Verkehrsprojekt gegeben sein, dazu würden z.B. auch Zwischenberichte gehören oder die Rückkoppelung zu den Verkehrskonferenzen.

Bei der Auswahl eines geeigneten Verkehrsinstitutes sollte, so die Anregung, auch der Stadtrat in geeigneter Form einbezogen werden, da die Formulierung der Ziele und die Erwartungen an das Ergebnis der Untersuchung und die Form der Beteiligung für dieses zentrale Zukunftsprojekt möglichst breit getragen werden sollten und die Forderung nach punktuell alternativen Überlegung möglich sein soll.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Petra Kleine  
Fraktionsvorsitzende

gez.

Barbara Leininger

gez.

Dr. Christoph Lauer

gez.

Henry Okorafor

gez.

Christian Höbusch